

Investoren sollen Lehrbienenstand betreiben

Fred-Josef Hansen hat klare Vorgaben für die Vogelwarte. Kritik an Verhalten des Bürgermeisters

Lennestadt. „Wer setzt in Lennestadt das Baugesetzbuch nach Recht und Gesetz um?“ Diese Frage stellt sich nach Meinung von Fred-Josef Hansen, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Olper Kreistag, nachdem nunmehr naturschutzrechtlich klar sei, dass die Vogelwarte II endgültig nicht bebaut werden könne.

Rein juristisch sei das eigentlich klar: Bei Gemeinden mit eigenem Bauamt müsse dies die Kommune als untere staatliche Verwaltungsebene erledigen. Hansen: „Genau das tut die Lennestadt aber nicht. In dieser Kommune scheinen sich diese Kenntnisse seit Jahren verflüchtigt zu haben. Stattdessen übt Bürgermeister Hundt als Chef der Ver-

waltung das Ende der Rechtspflege.“ Vor mehr als 20 Jahren sei das Baugelände Vogelwarte I beschlossen worden. Seitdem sei es der Stadt nicht gelungen, die dort gemachten Festsetzungen umzusetzen. Das hält der Grünen-Politiker für einen „unglaublichen Skandal, wenn man bedenkt, dass dort aufgrund der laxen rechtlichen Handhabung durch die Verwaltung Rote-Liste-Arten beinahe unwiederbringlich verloren wären.“ Seine Forderungen:

Größere Investitionen

1. Die Flächen müssten naturwissenschaftlich fundiert durch die Investoren gepflegt werden. Das werde jetzt teuer, weil die Investoren über

zwei Jahrzehnte nichts getan hätten. Obstbäume und Hecken müssten gepflanzt, Bäume beschnitten, der Wald gepflegt, Feucht- und Quellflächen geschützt und gemäht werden.

2. Die Investoren haben einen Lehrbienenstand mit Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Auch das wird teuer. Beim vorhandenen Lehrbienenstand stehen nämlich größere Investitionen an.“ Hansen nennt eine neue Heizung, zeitgemäße Sanitäreinrichtungen, eine funktionierende Wasserversorgung, etc.. Es werde aber noch viel teurer, wenn man weiterhin an dem Plan festhalte und dem Imkerverein Altenhunden kündige: „Dann müssen Sie nämlich die gesamte Arbeit auch noch aus

eigener Tasche bezahlen.“

3. Bürgermeister Hundt brauche jetzt, so Hansen wörtlich, „Arsch in der Hose, um dies alles gegen die Investoren durchzusetzen. Oder wartet er auf den „bösen“ Landrat, der ihm sagt, was zu tun ist?“

Baurecht Geltung verschaffen

Da anscheinend niemand in der Stadtverwaltung in der Lage sei, dem Baurecht Geltung zu verschaffen, werde es so kommen. Hansen: „Wir werden ein Amtsversagen der Stadtverwaltung erleben. Und anschließend eine Intervention durch die Kreisverwaltung oder die Regierungspräsidentin. Welch ein Armutzeugnis.“